

Schuldenbremse im Dienste der Stabilität



*Von Gerold Bühler
Alt Nationalrat und
Präsident Economiesuisse*

Eine solide und konkurrenzfähige Finanz- und Steuerpolitik ist ein tragender Pfeiler zur Zukunftssicherung. Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ist, entgegen etatistischer Dialektik, keinesfalls Selbstzweck. Sie ist vielmehr Voraussetzung dafür, dass Schulden getilgt und somit Raum für Steuererleichterungen und zukunftsorientierte Investitionen geschaffen wird. Solide Finanzen sind im internationalen Standortwettbewerb ein wichtiger Trumpf.

Nachdem die Schweiz in den 90er Jahren bezüglich Verschuldung und Fiskalquote Terrain verloren hatte, haben sich die Bedingungen in der jüngsten Vergangenheit wieder verbessert. Die robuste Konjunktur sowie Sanierungsprogramme und die Schuldenbremse haben wesentlich dazu beigetragen. Dies war unerlässlich, nachdem sich allein auf Bundesebene die Schuldenlast innerhalb der letzten 15 Jahre

auf über 130 Mrd. Franken mehr als verdreifacht hat.

Es kann kein Zweifel bestehen, dass die vom Volk mit über 80% angenommene Schuldenbremse den Zwang zum Ausgleich der laufenden Rechnung über einen Konjunkturzyklus hinweg verstärkt hat. Dieses Instrument zur Ausgabendisziplin ist insbesondere in Boomphasen entscheidend. Denn gerade dann, wenn die Steuerquellen sprudeln, ist die Neigung zu einer zügellosen Ausgabenpolitik gross. Beim ersten Konjunkturreinbruch führt dies dann in der Regel zu schmerzlichen Einschnitten.

Sozialwerke einbeziehen

Im Gegensatz zum positiven Trend bei den laufenden Ausgaben ist in den letzten Jahren die Verschuldung primär durch ausserordentliche Ausgaben sowie Fehlbeträge der Sozialversicherungen alimentiert worden. Von daher gesehen ist es begrüssenswert, wenn der Bundesrat nun vorschlägt, die bewährte Schuldenbremse auf die ausserordentlichen Posten auszuweiten. Der Vorschlag sieht denn auch vor, dass auch die ausserordentlichen Ausgaben mittelfristig voll über das Budget zu finanzieren sind. Leider hat es die Landesregierung verpasst, die grösste Defizitquelle, nämlich die staatlichen Sozialversicherungen, ebenfalls in dieses Regelwerk einzubeziehen. Bereits 2005 machten nämlich die Sozialausgaben mehr als 50% der gesamten Staatsausgaben aus. Besorgniserregend ist dabei insbesondere der Trend. Seit 1990 hat dieser Ausgabenbereich mehr als doppelt so stark wie das Bruttoinlandprodukt zugenommen. Dahinter stehen in erster Linie die Kosten der steigenden Alterspyramide. Ohne Gegensteuer laufen wir Gefahr, dass bis 2025 die Sozialwerke gegen zwei Drittel der öffentlichen

Budgets beanspruchen. Mit anderen Worten, der Handlungsspielraum für Investitionen, für Bildung und Forschung sowie andere zukunftsorientierte Ausgaben würde immer mehr geschmälert. Dies dürfen wir mit Blick auf das Wachstum und die Arbeitsplätze nicht zulassen. Denn eine Verdrängung investiver Ausgaben würde früher oder später die Wettbewerbskraft beeinträchtigen.

Frühzeitige Sanierung der Sozialversicherungen

Die Erweiterung der Schuldenbremse ist daher zur Einführung von Regeln auch für die Sozialwerke zu nutzen. Dank dem Definieren von Haltepunkten bei sich abzeichnenden Defiziten wird die Möglichkeit geschaffen, dass rechtzeitig Ungleichgewichte festgehalten und Massnahmen zur Behebung an die Hand genommen werden müssen. Nachdem bei der Arbeitslosenversicherung ein solcher Mechanismus besteht, um eine überhöhte Verschuldung zu vermeiden, sollen auch andernorts Sanktionsregeln festgelegt werden. Die Art der Sanierung ist bei den einzelnen Sozialwerken selbstverständlich differenziert zu handhaben.

Finanzpolitische Verlässlichkeit ist Voraussetzung für das Vertrauen in die Politik ganz generell und insbesondere in die Sozialwerke. Dank der Institutionalisierung einer Schuldenbegrenzung wird die Berechenbarkeit der Sozialwerke gestärkt. Diese werden dadurch auch krisenresistenter. Ein Schuldenloch wie bei der IV soll dadurch bei den anderen bedeutenden Sozialwerken verhindert werden.

Es ist zu hoffen, dass bei der Erweiterung der Schuldenbremse Nägel mit Köpfen gemacht werden. Die Ausweitung der Schuldenbremse wird einen vorausschauenden finanzpolitischen Kurs stärken. Dieser wiederum ist letztlich im Interesse eines attraktiven Wirtschaftsstandortes und der Arbeitsplätze. www.economiesuisse.ch ●